

Nicht Gnade, sondern Recht!

Der alte Manchesterliberalismus ist noch immer nicht tot. Seit einem Jahrhundert redet er der Welt ein, alles stehe am besten, wenn sich der Staat um das Wirtschaftsleben nicht kümmert und alles dem „freien Spiel der Kräfte“ überläßt. Und wenn sich im freien Wettbewerb die Starlen maßlos bereichern und die Schwachen elend zugrunde gehen, so sei das kein Uebel; die Starlen, reich geworden, würden ja dann den Schwachen, unterlegenen Mitmenschen mit milden Gaben aus ihrem Schatze wohlthätig beistehen. Diese alte Manchesterlehre lebt in der Lebensmittelkrise von neuem wieder auf. Dieselben Leute, die immer gegen die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel gewettert, die in das System des öffentlichen Ernährungsdienstes so manche Breche geschlagen haben, die mitschuldig sind an dem Zusammenbruch des Ernährungsdienstes, sie empfehlen jetzt als Mittel zur Lösung der Ernährungsfrage menschenfreundliche Gaben und wohlthätige Spenden! Zuerst sollen die Agrarier wuchern, die Händler spekulieren, die Bourgeois hamstern dürfen, so viel ihnen beliebt, und wenn dann für die Arbeiter nichts mehr übrig geblieben ist, sollen die Bourgeois den Darbenden aus ihren zusammengehamsterten Vorräten ein paar Broden spenden! Das ist die Ernährungspolitik des Manchesterturns; das ist es, was das führende Blatt der deutschen Bourgeoisie in Oesterreich in der Stunde der schwersten, gefährlichsten sozialen Krise zu sagen hat!

Aber die Arbeiter wollen keine Gnaden. Sie wollen ihr Recht. Der arbeitende Proletarier, der sein Recht heischt, will nicht mit dem Bettler, der um milde Gaben bittet, verwechselt werden. Darum komme man uns nicht mit der Wohlthätigkeit! Man Sorge lieber dafür, daß die staatliche Aufbringung der Lebensmittel gegen die Widerstände der Agrarier, die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel gegen die Widerstände der Händler straff und lückenlos durchgeführt werde; dann werden wir wenigstens für die Zukunft vor Krisen bewahrt bleiben, wie wir sie jetzt erleben! Wohin der vielgerühmte freie Handel führt, können wir eben jetzt mit furchtbarer Deutlichkeit erkennen. In der Zeit, in der wir nur einen halben Laib Brot haben, wäre uns Obst doppelt willkommen. Aber wo sind die Kirichen geblieben? Man hat den Händlern zuliebe den Handel mit Obst freigegeben, die Gasthäuser und die Marmeladenfabriken haben das Obst schon auf den Bäumen aufkaufen können und für das Volk ist nichts geblieben! Freiheit der Spekulation und des Wuchers, ergänzt durch milde Gaben an die Darbenden — nein, das ist es nicht, was das Volk fordert! Wir wollen nicht milde Gaben, sondern gesetzlichen Anspruch auf gleichen Anteil an den vorhandenen Vorräten!

Man möchte den Arbeitern Almosen bieten. Aber Almosen wollen wir nicht. Wir wollen Löhne, die es uns erlauben, auch bei den heutigen Preisen bestehen zu können. Da kommt uns nun freilich volkswirtschaftliche Weisheit mit dem Argument, daß Lohnerhöhungen den Arbeitern selbst gar nichts nützen könnten. Wenn die Löhne erhöht werden, würden, so sagt man, auch die Warenpreise steigen und der Arbeiter werde mit dem erhöhten Lohne nicht mehr kaufen können, als er früher mit dem niedrigeren Lohne kaufen konnte. Das Argument klingt einleuchtend und doch ist es, wie jeder unterrichtete Volkswirt weiß, grundfalsch. Und da man den guten Oesterreichern selbst das A-B-C der Volkswirtschaft immer wieder auseinandersehen muß, wollen wir an einem Beispiel zeigen, wie der Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen in Wirklichkeit ist.

Nehmen wir an, in einem Lande betrage das Einkommen der Arbeiterklasse 200 Millionen, das Einkommen der anderen Klassen gleichfalls 200 Millionen Kronen. Der Vorrat an Verbrauchsgütern, über den das Land verfügt, wird daher zum Preise von 400 Millionen Kronen verkauft, und zwar kauft von diesem Vorrat eine Hälfte die Arbeiterklasse, die andere Hälfte die anderen Klassen. Nun wollen wir annehmen, daß die Arbeitslöhne um die Hälfte erhöht würden. Das Einkommen der Arbeiterklasse stiege also auf 300 Millionen Kronen. Wir wollen weiter annehmen, daß die Warenpreise um den vollen Betrag der Lohnerhöhung steigen; daß also, da die Löhne um 100 Millionen